

Newsletter 7/2020

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

in diesem Newsletter möchten wir über verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen berichten, die trotz der gegenwärtigen Beschränkungen des privaten und öffentlichen Lebens stattfanden oder geplant sind, über längerfristige Projekte informieren und verschiedene Aspekte der derzeitigen Krise und Reaktionen darauf beleuchten.

Rückblick

14. Juni 2020

So geht solidarisch

Band der Solidarität in Hamburg

Das Bündnis [Unteilbar](#) hatte zu bundesweiten Demonstrationen und Aktionen aufgerufen. Zehntausende folgten dem Aufruf bundesweit, in Hamburg kamen laut Angaben des Veranstalters 2.500 Menschen zusammen, um vom Rathausmarkt bis zum Steindamm ein Band der Solidarität zu knüpfen.

[Fotos von der Menschenkette in Hamburg](#)

[Unteilbar Bergedorf](#)

Medienberichte

- ▶ [Starkes Zeichen: Riesige Menschenkette gegen Rassismus](#) (Mopo)
- ▶ [Menschenkette durch Hamburg](#) (NDR)
- ▶ [Menschenkette für Solidarität](#) (junge Welt)

Internationale Solidarität

Für den 16. Juni 2020 riefen Gewerkschaften und andere Organisationen in Frankreich zu Streiks und Aktionen auf, mit denen die in den Krankenhäusern Beschäftigten ihre Forderungen nach besserer Bezahlung, besseren Arbeitsbedingungen, besserer Ausstattung der Krankenhäuser, besserer Versorgung der Patientinnen und Patienten sowie einem Verzicht auf weitere Privatisierungen und Schließungen von Krankenhäusern zum Ausdruck bringen sollten. Attac Hamburg übermittelte den französischen Kolleginnen und Kollegen folgende Solidaritätserklärung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den französischen Krankenhäusern,

wir erklären uns solidarisch mit euren Protesten und Streiks am 16. Juni 2020.

Schon vor der Corona-Pandemie hattet ihr über ein Jahr lang mit vielen Aktionen und Streiks gegen die Missstände im Gesundheitswesen protestiert. Die Reaktion der französischen Regierung begrenzte sich auf die Verteilung von Almosen.

In der Pandemie habt ihr euch für das Wohl der Patientinnen und Patienten sehr eingesetzt, ein Einsatz, der für manche von euch tödlich wurde, weil die elementarsten Schutzausrüstungen fehlten und die Gefahr der Ansteckung mit COVID-19 folglich groß war.

Wir empfinden Hochachtung euch gegenüber, verneigen uns vor den Gestorbenen.

Wir empfinden Wut gegenüber einer Regierung, die vorgibt, Menschenleben zu retten, aber die entsprechenden Maßnahmen nicht trifft.

Wir fühlen mit euch – entgegen manchen Berichten von französischen Medien über unser Gesundheitswesen erleben wir die gleichen Missstände und erheben wir die gleichen Forderungen:

- eine bessere Bezahlung
- Einstellung von mehr Personal
- eine Krankenhausfinanzierung, die nicht durch Fallpauschalen bestimmt wird
- keine Schließung von Krankenhäusern
- keine Privatisierung der Krankenhäuser und Rekommunalisierung der schon privatisierten Krankenhäuser
- für jede und jeden den Zugang zu einer vollwertigen Gesundheitsversorgung, die nicht Profitinteressen untergeordnet wird

Wir wünschen euch, dass euer großes Engagement endlich zum Erfolg führt.

Mit solidarischen Grüßen

Attac Hamburg, 15. Juni 2020

Die Erklärung ist in deutscher und französischer Sprache auch auf der Website von Attac Hamburg zu finden: [Solidaritätserklärung zu den Aktionen und Streiks des Pflegepersonals in Frankreich am 16. Juni 2020](#).

Leben in Zeiten des Coronavirus

Heute soll nur auf Analysen, Kommentare und Vorschläge hingewiesen werden, die in der [Sondernummer Mai 2020](#) des internationalen deutschsprachigen Rundbriefs der Attac-Bewegung „Sand im Getriebe“ zusammengestellt wurden. Weitere Texte sind auf einer [Sonderseite](#) von Attac Deutschland zu finden.

Keine Profite mit Boden & Miete

Wie schon im letzten Newsletter mitgeteilt wurde, musste die Sammlung von Unterschriften für die beiden [Volksinitiativen](#) „Boden & Wohnraum behalten – Hamburg sozial gestalten!“ und „Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!“ wegen der Corona-Pandemie unterbrochen werden. Gleichzeitig wurde die Sammelfrist bis 19. Oktober 2020 verlängert. Am 4. Juli 2020 wurde die Unterschriftensammlung mit drei Kundgebungen in Altona wiederaufgenommen. Mitglieder von Attac Hamburg haben sich an der Aktion beteiligt und dabei Flyer verteilt: [Wohnen und die Corona-Pandemie](#). Weitere gemeinsame Sammelaktionen werden folgen, bitte die Ankündigungen auf der Website von Attac Hamburg beachten.

Alle Sammelnden werden gebeten, die ausgefüllten Listen per Brief an den [Mieterverein zu Hamburg](#) oder an [Mieter helfen Mietern](#) zu schicken.

Hamburg muss jetzt geflüchtete Menschen aus den Lagern an den EU-Außengrenzen evakuieren!

In einem [offenen Brief](#) haben über 50 Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen den Hamburger Senat am 24. Juni 2020 aufgefordert, sich stärker für die Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln einzusetzen und Menschen von dort nach Hamburg zu holen: „Hamburg hat sich zum sicheren Hafen erklärt und seine über bestehende Verpflichtungen hinausgehende Aufnahmebereitschaft bekräftigt. Solange die Bundesregierung und der Bundesinnenminister Menschen in Lebensgefahr belassen, muss Hamburg solidarisch handeln, auch wenn dies zu einem Konflikt mit der Regierung führt. Deshalb fordern wir als Bündnis vielfältiger Organisationen dieser Stadt den Hamburger Senat auf: **Hamburg muss sofort mindestens 1.000 Menschen über ein Landesaufnahmeprogramm aufnehmen.**“ Auch Attac Hamburg hat den Brief unterzeichnet.

Im neuen [Koalitionsvertrag](#) der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird auf die katastrophalen Zustände in den Lagern hingewiesen und festgestellt, dass sie „für alle dort lebenden Menschen unwürdig“ seien, und die Notwendigkeit erkannt, dass „alle Anstrengungen unternommen werden, den Menschen aus solchen Lagern möglichst schnell zu helfen“. Weiter heißt es darin: „Um unseren Teil dazu beizutragen wird sich Hamburg bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass Deutschland seine Bereitschaft erklärt, deutlich mehr Geflüchtete als bislang zugesagt, aufzunehmen. Hamburg wird sich im Rahmen dessen jederzeit daran beteiligen, zügig Menschen, insbesondere besonders schutzbedürftige, wie unbegleitete Minderjährige, Familien, Corona-Risikofälle und traumatisierte Menschen aus überfüllten Flüchtlingslagern aufzunehmen.“ Doch was heißt „möglichst schnell“ und „zügig“? Eigentlich sofort, wenn man den vonseiten der Politik in letzter Zeit mehrfach geäußerten Forderungen nach Solidarität Glauben schenken darf.

Der Hamburger Senat könnte zügig dem Beispiel der rot-rot-grünen Landesregierung Thüringens folgen, die am 2. Juni 2020 die [Umsetzung einer Landesaufnahmeanordnung](#) für Geflüchtete in den griechischen Lagern beschloss. Auch in anderen Bundesländern sprechen sich an der Regierung beteiligte Parteien für solche Programme aus: in Berlin die [SPD](#), die [Linke](#) und die [Grünen](#), in Brandenburg die [Grünen](#), in Hessen die [Grünen](#).

Die Umsetzung von Landesaufnahmeprogrammen ist laut § 23 Aufenthaltsgesetz allerdings an eine Voraussetzung geknüpft: „Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern.“ Und dieses Einvernehmen gibt es für die Geflüchteten auf den griechischen Inseln bisher nicht. Falls es der Hamburger Senat und die anderen Landesregierungen ernst meinen, müssen sie sich auf einen Streit mit dem Bundesinnenministerium einlassen.

Es ist gang und gäbe, bei solchen Vorhaben vor sogenannten Alleingängen zu warnen. So war es auch in Thüringen, wo die [SPD](#) ein Landesaufnahmeprogramm noch Anfang Mai 2020 abgelehnt hatte mit der Warnung vor einem Alleingang. Auch wird immer wieder eine europäische Lösung angemahnt, doch darauf kann man im Zweifelsfall lange warten. Es geht hier einzig und allein um den politischen Willen und die Bereitschaft, die viel besungene Solidarität und Beachtung der Menschenrechte, die in den Flüchtlingslagern massiv missachtet werden, in die Tat umzusetzen. Außerdem kann kaum von Alleingang die Rede sein, wenn mehrere Landesregierungen sich für eigenes Aufnahmeprogramm entscheiden.

Gemeinnützigkeit: Revision und Klage auf Akteneinsicht

Bundesfinanzhof kann umstrittenes Urteil von 2019 korrigieren

Der juristische Kampf um die [Gemeinnützigkeit](#) geht weiter: Als nächsten Schritt durch die Instanzen hat Attac Revision beim Bundesfinanzhof (BFH) gegen das Urteil des Hessischen Finanzgerichts vom Beginn dieses Jahres eingelegt. Die Revision ist nötig, um den Rechtsweg auszuschöpfen und notfalls Verfassungsbeschwerde einlegen zu

können. Der BFH in München wird sich damit nach seinem Urteil vom Februar 2019 zum zweiten Mal mit der Gemeinnützigkeit von Attac befassen müssen.

„Die Revision gibt den Richtern am Bundesfinanzhof nun Gelegenheit, ihr eigenes Urteil einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Mit ihrer juristisch höchst umstrittenen, überaus engen Auslegung des gemeinnützigen Zwecks der politischen Bildung haben sie der gesamten kritischen Zivilgesellschaft Knüppel zwischen die Beine geworfen“, sagt Dirk Friedrichs vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. „Offenbar ließ sich der BFH in seinem Urteil über die Gemeinnützigkeit von Attac mehr von politischen als rechtswissenschaftlichen Erwägungen leiten. Diesen auch unter Fachleuten entstandenen Eindruck können die Richter nun korrigieren.“

[Weiterlesen](#)

Petition für ein Lieferkettengesetz: Statt Moral Distancing braucht es jetzt einen gesetzlichen Rahmen

Zahlreiche Organisationen haben sich zu einer [Initiative Lieferkettengesetz](#) zusammengeschlossen. Sie verlangen von der deutschen Bundesregierung, endlich einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, mit dem Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards zu halten. Das Gesetz soll mindestens folgende Elemente enthalten:

- Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, menschenrechtliche Risiken in ihren Lieferketten zu analysieren und diesen vorzubeugen, sowie transparent darüber zu berichten.
- Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Geschädigte müssen vor deutschen Gerichten ihre Rechte einklagen können.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde eine Petition an Bundeskanzlerin Angela Merkel gestartet, die auf der Website der Initiative unterzeichnet werden kann.

Die Initiative wird von vielen Organisationen unterstützt, darunter [Attac Deutschland](#).

Dienstag, 14., bis Sonntag, 19. Juli 2020 Attac-Sommerakademie: „System Change! Aber wie?“

Die diesjährige Sommerakademie von Attac Deutschland findet online statt. Auf dem Programm stehen Themen wie sozial-ökologischer Umbau, Klima, Gesundheit, Wohnen,

Mobilität für alle und Rückbau der Autoindustrie unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten.

Wir erleben eine Zeit des Umbruchs. Was gestern noch als normal angesehen wurde, wird heute durch die Coronakrise in Frage gestellt. Das diesjährige Motto der Attac Sommerakademie „System Change! Aber wie?“ erhält hierdurch eine unerwartete Aktualität.

Viele Menschen sind zurzeit großer sozialer Unsicherheit ausgesetzt. Die Pandemie spitzt die ohnehin schwelenden sozialen und wirtschaftlichen Krisen zu, während brisante Entwicklungen (wie etwa die Klimakatastrophe) in den Hintergrund rücken. Die nächsten Monate können entscheidend sein, ob Veränderungen in Richtung sozial-ökologischen Umbaus gelingen oder es ein Rollback in den kapitalistischen Normalzustand gibt.

Weitere Informationen, das Programm und technische Hinweise für die Teilnahme sind [hier](#) zu finden.

Mitmachen bei Attac Hamburg

Mittwoch, 15. Juli 2020

Attac Hamburg im Park

Attac Hamburg plant nach vier Monaten wieder ein persönliches Treffen. Es findet voraussichtlich im Wohlerspark, also im Freien, statt und beginnt um 18 Uhr. Interessierte sind willkommen und melden sich bitte vorab unter hamburg@attac.de.

Dienstag, 21. Juli 2020

Treffen der AG Frieden

Das Treffen beginnt um 18 Uhr, der Ort wird auf Anfrage mitgeteilt. Interessierte melden sich bitte unter pklemm@gmx.de.

Weitere Treffen finden im Juli 2020 nicht statt. Wer jedoch mitarbeiten oder sich an Aktionen beteiligen möchte, melde sich ebenfalls unter hamburg@attac.de.

Veranstaltungen anderer Organisationen

Mittwoch, 8. Juli 2020

Das Filmseminar gegen Austerität zeigt „Citizen Kane“

Spielfilm, Regie: Orson Welles, USA 1941, 119 Minuten, deutsche Fassung

Der Debütfilm von Orson Welles galt lange Zeit und bis heute noch unter zahllosen Kritiker*innen und Filmschaffenden als das herausragendste Filmwerk aller Zeiten. Zur Zeit seiner Entstehung – 1941, während der prosperierenden Hochphase der New-Deal-Politik Roosevelts in den USA – war er für die Filmfirma ein Flop. Das mag nicht nur damit zu erklären sein, dass die revolutionäre Ästhetik eines der ersten Autoren-Filme überhaupt seiner Zeit weit voraus war – später begründeten sich ganze Genres nach den wegweisenden Erzähl- und Inszenierungstechniken Welles'. Es mag auch an der durchdringenden Infragestellung des Kernmythos vom „American Dream“ und dem mit dem kapitalistischen Aufstiegsversprechen untrennbar verknüpften Ideal des erfolgreichen „Self Made Man“ gelegen haben, mit dem Welles gegen die ganze Kaste der Reichen und Mächtigen zu Felde zieht, um der Gesellschaft zu zeigen, dass sie ihrer nicht bedarf.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 21 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, vor dem Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

Eine Veranstaltung der Gruppe International solidarisch – Schluss mit Austerität

Freitag, 10. Juli 2020

NEIN zu Annexion in Palästina! NEIN zu Entrechtung und Apartheid! Kundgebung gegen die Annexionspläne

Aufruf

Die gerade etablierte neue Regierung Israels unter Netanyahu und Gantz hat beschlossen, ab dem 1. Juli 2020 große Teile des Westjordanlandes, das Jordantal und die großen israelischen Siedlungen, zu annektieren, d. h. dem Staat Israel anzugliedern oder unter israelische Souveränität zu stellen. Das wäre ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und das Ende der Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967!

Die Antwort auf diese Annexionspläne kann nur ein breiter Widerstand sein. Israel muss durch internationalen Druck dazu gebracht werden, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen und das Völkerrecht einzuhalten.

Zeit: 15 bis 17 Uhr

Ort: Gerhart-Hauptmann-Platz/Mönckebergstraße, 20095 Hamburg

Es rufen auf: Palästinensische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V., Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Regionalgruppe Nord-Hamburg, Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V., Regionalgruppe Hamburg

Dienstag, 21. Juli 2020

In welcher Demokratie wollen wir leben?

Realer Diskussionsabend und Online-Webinar mit Thomas Dürmeier, Goliathwatch e.V.

Aus der [Einladung](#)

Demokratie, Staatlichkeit, Bundestag und Konzernlobbyismus? Wie schaut eine funktionsfähige Demokratie aus? In welchem politischen System wollen wir leben?

Aus der Diskussion über gerechte und ökologische Wirtschaftsstrukturen führte uns die Diskussion automatisch zur Frage der Politik. Welches politische System kann demokratisch für alle Menschen und unseren Planeten in das Wirtschaftssystem eingreifen?

Das ist eine riesige Frage, aber wir scheuen uns nicht vor großen Grundsatzdebatte, denn es steht ja schon in unserem Leitbegriff. Wir wollen Demokratie statt Macht der Konzerne.

Ort (angefragt): Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Beginn: 19 Uhr

Für das reale Treffen ist eine Anmeldung erforderlich unter david@goliathwatch.de

Eine Veranstaltung von Goliathwatch e.V.

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg
Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, erster Stock, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de